

Delegiertenversammlung der Grünen Partei der Schweiz

4. März 2006 in Bern

Protokoll

Präsidentin : Johanna Wälti-Schlegel

Dauer : 13.00 – 17.40 Uhr

Entschuldigt: Heidi Rebsamen, Geri Müller, Anne-Catherine Menétrey, Tinetta Maystre, Walter Rosselli, Erica Hennequin, Anita Frei, Fredi Zimmermann, Daniele Jenni.

Alle Delegierten aus dem Kanton Glarus und viele Delegierte aus der Waadt.

1. Begrüssung

Johanna Wälti, Präsidentin der GFL Kanton Bern, begrüsst die Delegierten im Namen der Grünen Freien Liste Kanton Bern. Sie verweist auf die Grossratswahlen vom kommenden 9. April. Die Neueinteilung des Kantons in grössere Wahlkreise ist gut für die kleinen Parteien, trotz gleichzeitiger Parlamentsverkleinerung ist die GFL zuversichtlich. Den unverhältnismässigen Machtanspruch der SVP pariert die GFL mit der Kandidatur von Bernhard Pulver. Zur Zeit finden Föderationsverhandlungen mit dem Grünen Bündnis statt, der Entscheid fällt in diesem Frühling. Grün ist wichtig, und wird immer wichtiger!

Bernhard Pulver, Grossrat und Regierungsratskandidat GFL

An den Wahlen im April treten Grünes Bündnis und GFL überall ausser in der Stadt Bern, wo sie gemeinsam 20% erreichen, zum ersten Mal gemeinsam an. Ziel ist es, die Erfolge der Grünen in der Schweiz weiter zu führen. Die Chancen stehen gut, auch für die Regierungsratswahlen. Bernhards Hauptprogramm: Nachhaltige Politik.

Stichworte dazu: Ökologische Innovation: für die ökonomische Entwicklung dieses Land sehr wichtig! Stimuliert wirtschaftliche Entwicklung. Ökologische Steuerreform: Offensive in allen Kantonen nötig. Das Prinzip unserer Initiativen funktioniert auch im Kanton. Wirtschaftliche Entwicklung: Bürgerliche im Kanton wollen Staat zurückfahren. Rezept, das nicht aufgeht (z.B. Bildungsbereich)! Sozialer Ausgleich: Globalisierung meistern wir nur, wenn die ganze Bevölkerung von wirtschaftlicher Entwicklung profitiert. Nachhaltige Politik = Kooperative Politik!

Ruth Genner, Präsidentin Grüne Schweiz, wünscht Berner Grünen viel Erfolg. Bernhards Programm überzeugt. Nachhaltige Politik bräuchte es auch in Bundesrat. Staatliche Aufgaben zur Erhaltung der Lebensgrundlagen und des sozialen Ausgleich werden immer weiter abgebaut. Plädiert für eine Schweiz, die sich nicht zum Gehilfen der Amerikaner macht! Menschenrechte vor Wirtschaftsinteressen!

Galmiz ist ein Beispiel für erfolgreichen Widerstand! Wenn sich die Behörden an Gesetze gehalten und bereits bestehendes Industriegebiet angeboten hätten, wäre Amgen in die Schweiz gekommen.

Erfolg der Gentechfrei-Initiative. Unbedingt weiter kämpfen, Moratorium ist von kurzer Dauer!

Erfolge in Zürich: Gratuliert Matthias Gfeller zur Wahl in Winterthurer Exekutive! Taten und politische Ideen zählen: siehe Junge Grüne!

Ueli Leuenberger, Vizepräsident Grüne Schweiz: Die Grünen sind die einzigen, die klar und resolut die beiden Blocher-Gesetze, das Asyl- und das Ausländergesetz, bekämpfen!! Die beiden sind nicht nur durch ihren Ursprung verbunden, sondern auch inhaltlich: Zwangsmassnahmen! Wichtige Rolle der Grünen, auch in der Abstimmungskampagne, für eine solidarische und offene Schweiz einzustehen. Das Engagement aller überall ist gefordert!

Luftverschmutzung, dramatisch hohe Feinstaubwerte: die gemeinsame Aktion der Grünen in verschiedenen Städten unter dem Motto Feinstaubalarm war ein grosser Erfolg. Grosses Echo in Medien und bei der Bevölkerung! Schäden für Menschen, Natur, Umwelt. Verursacherprinzip! Benzinpreis erhöhen. Es geht um das Überleben unseres Planeten.

Arnold Cassola, Generalsekretär der Europäischen Grünen und Kandidat für die italienischen Parlamentswahlen

Die Grünen Schweiz sind für die Geschichte der Europäischen Grünen wichtig: sie stellten mit Daniel Brélaz das erste Parlamentsmitglied auf nationaler Ebene in Europa! Auch für die Zukunft

wichtige Rolle: verweist auf den Kongress der Europäischen Grünen in Genf vom kommenden Herbst.

Beispielhaft sind die Allianzen mit NGOs, mit der Zivilgesellschaft, die die Grünen Schweiz pflegen. Weist auf die Wahlen in Italien hin. Zum ersten Mal 6 Sitze in Parlament und 2 im Senat, die die MigrantInnen repräsentieren! Wichtig, dass Berlusconi und Bossi nicht gewinnen, das hat auch auf europäischer Ebene grossen Einfluss!!

2. Statuten

Balz Wolfisberg, Marlise Hubschmid und Claudia Buess werden als StimmzählerInnen gewählt.

Das Protokoll der DV vom 29. Oktober in Stans wird mit kleinen Änderungen bezüglich Terminologie zu Stans genehmigt.

Wahlen in den Vorstand

Markus Hari stellt Maja Gehrig vor, die neu die Aargauer im Vorstand vertreten soll: Juristin, engagiert für Rechte von AusländerInnen und Flüchtlingen. Steht auch für den Generationenwechsel, der bei den Aargauern Grünen im Gang ist!

Fabian Biland stellt Florian Irminger vor, der die Jungen Grünen im Vorstand vertreten möchte: Florian ist 23 Jahre alt, hat grosse Erfahrung in Politik, hat u.a. nationale Kampagne für die Personenfreizügigkeit geführt.

Hans Beat Schaffner, war schon mit Daniel Brélaz vor 20 Jahren Delegierter bei den europäischen Grünen, möchte noch weiter auf europäischer Ebene engagiert bleiben.

Alle drei werden einstimmig in den Vorstand gewählt.

3. Informationen

Therese Frösch, Fraktionschefin: hat ihr neues Amt gut begonnen, wurde von Cécile bestens eingeführt. Diese hat ihr mitgegeben, dafür zu kämpfen, dass der grüne Anspruch auf ein Nationalratspräsidium auch eingelöst werden kann.

Gabriela Bader, Sekretariat: Das Ziel bei der Unterschriftensammlung gegen Asyl- und Ausländergesetz ist fast erreicht, etwas über 50'000 Unterschriften sind bereits da, allerdings noch unbeglaublich. Es gilt für den Moment, noch weiter zu sammeln! Herzlichen Dank an alle für ihr Engagement.

Hubert Zurkinden, Generalsekretär. Verweist auf Symposium vom 25. März an ETH Zürich: „Galmiz: eine Weichenstellung tut not“. Prospekte liegen auf.

Hinweis auf die Zeitung „Aufbruch“, Zeitung für Religion und Gesellschaft, deren Redaktor er während 7 Jahren selber war. In der aktuellen Nummer findet sich ein Portrait von Maya Graf. Macht Aufruf, die Zeitung zu abonnieren.

Miriam Behrens, stv. Generalsekretärin: unterbreitet der Delegiertenversammlung einen dringlichen Antrag:

Die klimapolitische Situation in der Schweiz und weltweit ist äusserst kritisch (Total verwässertes CO2-Gesetz, bei dem nun von einer Lenkungsabgabe abgesehen und stattdessen auf Klimarappen/Gebäuderappen gesetzt werden soll; weltweite Zunahme von Unwettern; nahender Peak Oil beim Erdöl, steigende Preise, Zunahme geopolitischer Konflikte in diesem Bereich).

Fazit daraus: der politische Weg für eine Lenkungsabgabe im Bereich fossiler Energieträger ist gescheitert!

Die Bevölkerung ist in der Klima und Erdölfrage aber sehr sensibilisiert. Deshalb ist die Option einer Volks-Initiative ernsthaft zu prüfen. Sie beantragt deshalb der Delegiertenversammlung, das Mandat für die Ausarbeitung einer Initiative zu erteilen.

Diego Hättenschwiler, GFL BE: kritisiert, dass in Zeiten elektronischer Kommunikationsmittel die Delegierten erst jetzt und hier von diesem Projekt erfahren. Was heisst ausarbeiten? Klar, dass dies ein zentrales Thema für uns ist, Vorgehen überraschend!

Miriam Behrens: es gilt, ein Zeichen zu setzen vor Debatte im Nationalrat. Idee ist, dass DV Mandat erteilt, dann wird der Vorschlag der DV auch wieder vorgelegt!

Therese Frösch, NR BE: an der Retraite der Geschäftsleitung und des Sekretariates wurde das Thema klar als Kernthema der Grünen genannt. Wenn sämtliche institutionellen Wege scheitern, ist dieser Weg ein möglicher.

Ueli Leuenberger, NR GE: Information an Vorstand wäre möglich gewesen, Information per Mail an Delegierte wäre wünschenswert und ist ein Ziel, dies einzurichten. Jetzt ist die politische Botschaft wichtig! Ruft dazu auf, das Mandat zu erteilen.

Kathrin Giovannone, BS ist erfreut! Bei der Festlegung der Jahresziele im Vorstand gab es lange Diskussionen. Viele wollten mehr Richtung Umwelt- und Klimapolitik machen. Dies ist eine super Gelegenheit, auch für Wahljahr! Jetzt vorbereiten.

Marie Schaffer, VD: eine Arbeitsgruppe einsetzen ist gut. Kritisiert fehlende Übersetzung.

Christian van Singer: gut, unbedingt etwas Mehrheitsfähiges ausarbeiten, das es ermöglicht, auch Stimmen aus bürgerlichen Kreisen zu gewinnen.

Das Mandat zur Prüfung und Ausarbeitung eines Vorschlages für eine Klima-Initiative wird bei zwei Enthaltungen von allen Delegierten erteilt.

4. Wahl Präsidium und RevisorInnen für 2006-2007

Das Präsidium und das Vizepräsidium müssen gemäss Statuten nach Ablauf von zwei Jahren wiedergewählt werden. Der Vorstand empfiehlt Ruth Genner und Ueli Leuenberger zur Wiederwahl.

Das Präsidium wird – bei einer Gegenstimme - wiedergewählt!

Ebenfalls wiedergewählt werden müssen die RevisorInnen Esther Hulliger und Martin Bischoff.

Die beiden RevisorInnen werden einstimmig wiedergewählt!

5. Budget

Kuno Kälin präsentiert die Rechnung 2005 und das Budget 2006. Die Rechnung 2005 ist schlechter als budgetiert ausgefallen. Auch für 2006 ist ein Defizit von 8'000 Franken budgetiert. Die Anstrengungen werden verstärkt, ein professionelles Fundraising zu machen!

Erläutert Erfolgsrechnung und Budget anhand der aufgelegten Folien

Pierre Santschi, VD: Konto Spesenentschädigung im Budget: was ist darin enthalten? Kuno: GA und Spesen von Fr. 300.-/Monat für Hubert und Miriam. Früher gab es nur ein Konto Pauschalspesen und ein eigenes Konto Reisespesen, jetzt wurden diese zusammengelegt.

Marcel Wühtrich, GFL BE: Aufgaben sind gross, die Ertragsseite muss unbedingt gesteigert werden!

Patrick: Rückstellungen von Fr. 8'000.- und gleichzeitig ein Verlust von 8'000.- : komisch!?

Kuno Kälin: das ist eher ein psychologisches Signal, Reserven zu bilden ist wichtig!

Die Delegierten heissen das Budget 2006 einstimmig gut.

6. Parole für die Abstimmung vom 21. Mai: Bildungsrahmen-Artikel

Ruth Genner: Mit 176 zu 3 Stimmen wurde die Vorlage bei der Schlussabstimmung im Rat verabschiedet, das sagt einiges aus. Lange Vorarbeit von 8 Jahren für die Verfassungsneuordnung. Die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK des National- und Ständerates haben Vorlage gemeinsam mit der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK erarbeitet. Ungewöhnliches Verfahren. Dann wurde der Bundesrat eingeladen, zu kommentieren.

Neuerungen: im Bereich allg. Schulwesens und Hochschule: EIN Bildungsraum Schweiz, durch Bund und Kantone gemeinsam gestaltet. Kantone müssen sich in Eckpunkten einigen (Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Abschlüsse der Bildungsstufen) => Kleiner Abschied vom Kantönleiste. Hochschulraum Schweiz: mehr Koordination und Qualitätssicherung, einheitliche

Regelung der Studien.

Auf Verfassungsstufe noch vage, Ausführungen kommen im Gesetz (Hochschulgesetz, Weiterbildungsgesetz)

Inhaltlich ein kleiner Schritt. Wenn Koordination zwischen den Kantonen nicht klappt, kann Bund eingreifen.

Kleiner Schritt in Richtung unseres Positionspapiers. Bundesamt für Bildung nicht drin, aber mit klarer Mehrheit in Kommission verabschiedet. Recht auf Bildung ebenfalls nicht drin, Mitbestimmung von Studierenden, Stipendienregelung ebenfalls nicht.

Beantragt den Delegierten, die Ja-Parole zu fassen. Es gibt praktisch keine Gegner der Vorlage.

Pierre Santschi, VD: Problem der Zentralisierung, wo bleibt Diversität, Vielfalt? Die Mobilität, die will ja die Wirtschaft, nicht unbedingt wir. Demokratische Kontrolle geht verloren. Wo sind die Inhalte? Vorlage ist unnütz!

Luzius Theiler, BE: schliesst sich der Meinung des Vorredners an. Hat sich enthalten in Vorstand, Bund bestimmt immer mehr Bildungsinhalte. Bürokratie nimmt zu!

Philippe Federer, LU: will zwar Bildungsartikel, stimmt hier aber nein: Kein Signal für fortschrittliche Bildung, sondern für herrschende EDK-Politik. Verschulung der Schule. Weit weg von ganzheitlichem Unterricht.

Florian Irminger, GE: Qualität: was heisst das hier? Nicht definiert, Fakultäten werden gegeneinander ausgespielt. Private Institute müssen nicht mehr kant. Gesetz einhalten, doppelte Studiengebühren. Grosse Schritte rückwärts, nicht die kleinen Schritte wert, die vorwärts gemacht werden.

Ruth Genner: Es geht hier um Verfassungsartikel: Vorher war in der Verfassung zur Bildung praktisch nichts! Inhaltlich lässt sich noch nichts sagen, die Gesetze regeln Details. Aber mit dieser Grundlage kann Bund sich z.B. durchsetzen, dass in allen Kantonen als erste Fremdsprache eine Landessprache unterrichtet werden muss.

Wollen wir mehr Koordination, oder wollen wir 26 Systeme?

Iren Eichenberger, SH: Verankerung der Weiterbildung ganz wichtig!

Mit 79 Ja zu 5 Nein bei 7 Enthaltungen beschliesst die Delegiertenversammlung die Ja-Parole!

7. Regula Rytz, Gemeinderätin der Stadt Bern, überbringt das Grusswort der Stadt Bern:

Seit 1992 regiert Rotgrün in der Stadt Bern, die Zustimmung der Bevölkerung nimmt zu: 2004 gab es 26 Prozent WählerInnenstimmenanteil der Grünen!

Wenn man sich zusammentut und politische Verantwortung übernimmt, wird vieles möglich (Integrationsstelle, Individualverkehr eingedämmt, alternat. Kultur, pragmatisch im Bereich Public Privat Partnership (Therese Frösch eingeführt), Umstellung auf gasbetriebene Busse)

Probleme: Aufgaben von Bund und Kanton werden an Städte abgeschoben (Asylgesetz). Ziel ist es, pragmatisch, beweglich und lösungsorientiert zu arbeiten! Starre Muster aufbrechen! Ziel muss es sein, die Macht, die wir haben, in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

8. Kampagne für eine Schweiz ohne AKW: 20 Jahre nach Tschernobyl

(Die Delegierten schauen sich einen 10-minütigen Film zum Thema an)

Miriam Behrens rekapituliert Geschehnisse im Block IV des KKW Tschernobyl am 26. April 1986: Test gestartet, Notabschaltung misslang, Explosion zur Folge. Reaktor war erst seit 3 Jahren am Netz. Brand bis am 6. Mai. Drei Tage später macht Dänisches Nuklearforschungsinstitut bekannt, was geschehen ist. Einen Monat später werden Jodtabletten verteilt. 6 Monate später war Sarkophag fertig. Für 20-30 Jahre angelegt. Vor 10 Jahren sagte WHO, dass 4 Mio. Menschen betroffen sind! Nach wie vor grosser Streit darüber, wie viele Tote und Kranken auf Unfall zurückzuführen sind.

Mehr Infos unter www.tchernobyl.info:

Debatte um Atomkraft nicht abgeschlossen, soll auch in der Schweiz wieder aufgenommen werden.

Christian van Singer, Physiker, Co-Präsident von Sortir du nucléaire, Mitglied des Grossen Rat VD.

Die weltweite Konsumtion von Energie hat sich zwischen 1950 und 2005 vervierfacht.

Einige wenige Länder konsumieren 80% der Energie. Der Konsum in China und Asien nimmt zu,

den höchsten Verbrauch haben aber Amerika und Europa.

Erdölreserven nehmen ab, aber ebenso auch die Uraniumreserven! Noch 40 Jahre. Erdöl kann nicht durch Uran ersetzt werden. Mehr AKWs, mehr Nachfrage, höher Preise.

Atomlobby sagt, wenn die Preise steigen, soll Uranium aus dem Meer geholt werden. Aber das Uranium macht nur 5% der Kosten aus, Kosten für Werke sind sehr hoch. Private gehen diese Risiken nicht ein.

Gründe für den Ausstieg: 10'000 Mal mehr Energie als wir verbrauchen ist in Form von Sonnenenergie vorhanden. Windenergie hat ebenfalls riesiges Potential.

Weiteres Potential: Erdwärme.

In den Ländern, die sich für den Atomausstieg entschieden haben, nimmt die Energie aus erneuerbaren Energieträgern stark zu. (Deutschland: extreme Zunahme von Wind-, Sonnenenergie!)

„L'avenir, c'est notre affaire! Mieux vaut être des Consomm'acteurs et des Citoyens actifs aujourd'hui que radioactifs demain !“

Franziska Teuscher, Nationalrätin BE

Atomlobby setzt auf Angst vor Stromlücke. Grund: erhöhter Energieverbrauch. BKW und Axpo bereiten Terrain für neue AKW in CH vor. CH importiert 4/5 der Energieträger, vor allem Öl, Preis wird steigen! Wollen mit CO2-freiem Atomstrom Energieproblem lösen. Das blockiert Investitionen im Bereich erneuerbare Energien (EE)! Mit Stromlücke wurde schon in den 80er Jahren gedroht! Die CH konnte immer auch wieder Strom exportieren. Ausstieg aus Atom begann vor 30 Jahren, 1988, mit dem Verzicht auf Kaiseraugst.

EE müssen auch in CH gefördert werden. Viel mehr auf Stromsparmassnahmen setzen! Energieeffizienz! Rahmenbedingungen auf Bundesebene müssen geändert werden, die Mehrheit im Parlament will das allerdings nicht. Biogas fördern, Kompetenzzentren für erneuerbare Energien einrichten, etc.

Problem der Atomabfälle wird ausgeblendet, keine Lösung vorhanden. Lagerung ist nicht losgelöst von AKW-Fragen. Lagernachweis wichtig. Grüne haben in Resolution zu Benken Bedingungen gestellt: Ja nur bei Atomausstieg und wenn ein Lagerkonzept vorhanden ist!

Haftung: immense Schäden bei Unfall: Kernenergiehaftpflichtgesetz in Revision. Gesetz ist nichts anderes als Subventionierung der Atomenergie. Die Diskrepanz zwischen Schadenfallshöhe und Versicherungsdeckung ist riesig.

Grüne müssen die AKW-Strategie sabotieren: deshalb Marsch nach Kaiseraugst am 7. Mai! Unser Engagement ist wichtig! Der Bundesrat soll Szenario für Befreiung aus Atomkraft und Erdöl aufzeigen.

Marlène Perret-Gentil, NE: verweist auf Veranstaltung von Green Cross am 26. April in Bern und auf die Kundgebung am 22. April in Mühleberg.

Miriam Behrens: BS/BL planen versch. Aktivitäten. Wanderung nach Kaiseraugst am 7. Mai. Geschäftsleitung der Grünen Schweiz hat sich entschlossen, diese zu einem nat. Sternmarsch nach Kaiseraugst auszuweiten. Unbedingt mobilisieren für Marsch.

(Grosser Applaus für dieses Projekt!)

9. Varia

Die nächste DV findet am 24. Juni in Lausanne statt!

Ein herzlicher Dank geht an die Übersetzerinnen Séverine Vitali und Nicole Stolz für ihre grosse Arbeit und an Trix Richener für die technische Betreuung der Delegiertenversammlung.

Gabriela Bader / Yolande Peisl, Januar 2006